

Bürgerproteste gegen Windkraft in Deutschland

Julia Zilles
Carolin Schwarz

Organisation und Handlungsstrategien

In den letzten Jahren häufen sich lokale Proteste gegen Infrastrukturprojekte. Unabhängig davon, ob neue Bahnhöfe oder Stromtrassen gebaut werden sollen, formiert sich lokaler Widerstand. Gerade auch Windkraftprojekte stehen zunehmend in der Kritik. Der Beitrag analysiert vergleichend zwei lokale Fälle von Bürgerprotesten gegen Windkraft. Empirische Grundlage sind qualitative leitfadengestützte Interviews und Gruppendiskussionen. Welche Kontextbedingungen bestehen für Proteste? Welche Organisationsstrukturen, Strategien und thematischen Schwerpunkte weisen lokale Bürgerinitiativen auf? Es kann gezeigt werden, dass Bürgerinitiativen (BI) klare Ziele und Konzepte formulieren und unterschiedliche Handlungsstrategien verfolgen. Dabei bestimmen neben direkter Betroffenheit am Wohnort viele andere Beweggründe den Protest. Insbesondere kritisieren die Engagierten das „Verantwortungsvakuum“, das die Politik in ihren Augen hinterlässt. Die BIs verstehen sich als Vermittler zwischen Politik und Bevölkerung und sehen sich selbst in der Rolle, Verantwortung für ihren Nahbereich zu übernehmen.

1 Vorgehen

1.1 Forschungsstand und Fragestellung

Nicht zuletzt seit den Protesten gegen das Großprojekt „Stuttgart 21“ häufen sich in Deutschland lokale Proteste gegen Infrastrukturprojekte. Egal, ob Landebahnen, Umgehungsstraßen oder Bahntrassen gebaut werden sollen – mit lokalen Protesten ist vielerorts zu rechnen. Gerade auch Projekte, die im Zusammenhang mit der Energiewende stehen, werden häufig, zumindest vor Ort, stark kritisiert. Seitdem im Zuge des Atomunfalls von Fukushima 2011 der „Ausstieg aus dem Ausstieg“ (vgl. u. a. Brost/Dausend/Hildebrandt 2011) aus der Kernkraft beschlossen wurde, gilt die Energiewende in Deutschland als gesellschaftlicher Konsens. Verbunden damit sind viele, zum Teil sehr sichtbare und in das unmittelbare Lebensumfeld von Bürgern eingreifende Veränderungen, wie zum Beispiel der Bau von Windparks und Stromtrassen, die Errichtung von Biogasanlagen, der Anbau der dafür benötigten Energiepflanzen sowie die Installation von Photovoltaikanlagen auf Dächern und Freiflächen. Ein zentraler Bestandteil der Energiewende ist die Windkraft.¹ Obwohl selbst Windkraftkritiker der

Notwendigkeit einer Energiewende zustimmen, gibt es vielerorts lokale Proteste gegen einzelne Windkraftprojekte. Diese Proteste sind ganz überwiegend in Bürgerinitiativen (BI) organisiert. Dabei unterscheiden sich die Rahmenbedingungen für Konflikte in den Bundesländern stark. Anhand von zwei unterschiedlichen Fallbeispielen beleuchtet dieser Beitrag Bürgerproteste gegen deutsche Windkraftprojekte genauer. Zum einen betrachtet er einen Konflikt in Rheinland-Pfalz, der sich vor allem an der Thematik „Windkraft im Wald“ entzündet. Der zweite Fall ist in Südniedersachsen beheimatet, einer Region, in der es bislang kaum Windkraftanlagen gibt. Wenngleich sich die Konfliktarten und Akteurkonstellationen (Saretzki 2010: 42) im Einzelnen unterscheiden, lassen sich dennoch Gemeinsamkeiten herausarbeiten.

Bereits in den späten 1990er-Jahren wurde das Konfliktpotenzial der Windkraft thematisiert (vgl. Alt 1998). Verschiedene Studien arbeiteten die Phasen der Windenergienutzung in Deutschland heraus (u. a.

Julia Zilles
arbeitet seit September 2014 am Göttinger Institut für Demokratieforschung im Projekt „Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende“. Wissenschaftliche Schwerpunkte: Protest- und Konfliktforschung, Auseinandersetzungen um Infrastrukturprojekte.
julia.zilles
@demokratie-goettingen.de

Carolin Schwarz
arbeitet seit September 2011 am Göttinger Institut für Demokratieforschung und seit August 2014 im Projekt „Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende“. Ihre Masterarbeit im Fach Politikwissenschaft verfasste sie zum Thema „Kommunalpolitiker im Ehrenamt“.
carolin.schwarz
@demokratie-goettingen.de

Ohlhorst 2009), in denen jeweils unterschiedliche Konflikte und Schwerpunkte im Mittelpunkt stehen. Die Autoren der ersten Gesellschaftsstudie „Die neue Macht der Bürger“ des Göttinger Instituts für Demokratieforschung beschäftigen sich auch mit den Gegnern von Windkraftanlagen und analysieren Motivationslagen und persönliche Hintergründe des Engagements (Marg et al. 2013). Die Autoren zeigen, dass die Bürgerproteste der letzten Jahre Ausdruck einer sich zunehmend zu einer „Misstrauensgesellschaft“ (Walter 2013) entwickelnden sozialen Ordnung sind, in der die meist gut gebildeten Engagierten den Entscheidern nicht mehr vertrauen und von ihnen nicht mehr die Lösung von Problemen erwarten. Im vorliegenden Beitrag stehen folgende Forschungsfragen im Mittelpunkt:

1. Welche Kontextbedingungen wirken sich in den betrachteten Fällen auf das Protestengagement aus?
2. Wie ist der Widerstand gegen Windkraft organisiert und strukturiert?
3. Welche Handlungsstrategien werden sichtbar?
4. Welche thematischen Schwerpunkte setzen Bürgerinitiativen und Aktivisten?

Nach einer kurzen Darstellung der Methodik sowie der Vorstellung der Fälle werden diese Forschungsfragen im Folgenden nacheinander diskutiert. Abschließend soll ein knappes Fazit gezogen werden.

1.2 Methodik

Unser methodischer Ansatz wurde am Göttinger Institut für Demokratieforschung zur Analyse von Protesten entwickelt und stützt sich empirisch auf qualitative leitfadengestützte Interviews, Gruppendiskussionen beziehungsweise Fokusgruppen und teilnehmende Beobachtungen (vgl. u. a. Klecha/Marg/Butzlaff 2013). Das Material wurde sowohl im Projekt „Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende“² als auch in früheren Studien am Göttinger Institut für Demokratieforschung mit Aktivisten gegen Windkraftprojekte erhoben. Die Gesprächspartner sind in Bürgerinitiativen, als unabhängige Aktivisten oder in Dachverbänden

aktiv. Alle Daten wurden im Zeitraum von Juni 2014 bis Februar 2015 erhoben. Das empirische Material wird um die Rezeption der lokalen und überregionalen Presseberichte zu den jeweiligen Konfliktfällen ergänzt. Die Auswertung erfolgt qualitativ inhaltsanalytisch und interpretativ.

2 Protest gegen Windkraft – Bürgerinitiativen und Aktivisten

2.1 Fallvorstellungen und Kontextbedingungen

Im Folgenden sollen zwei unterschiedliche Fälle aus verschiedenen Bundesländern genauer betrachtet und ihre spezifischen Kontextbedingungen erläutert werden. Die konkreten Orte werden aus Gründen der den Gesprächspartnern zugesicherten größtmöglichen Anonymität nicht genannt.

Fall 1: Mittelgebirgsregion in Rheinland-Pfalz

Das Land Rheinland-Pfalz hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 zu 100 % im Land erzeugte erneuerbare Energien zu nutzen. Die Menge des mit Windenergie erzeugten Stroms soll bis 2020 verfünffacht werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen mindestens 2 % der Landesfläche insgesamt sowie mindestens 2 % der Fläche des Waldes für Windenergie zur Verfügung gestellt werden (vgl. MWKEL et al. 2013). Im untersuchten Landkreis in Rheinland-Pfalz wird bereits mehr erneuerbare Energie erzeugt, als für den eigenen Verbrauch benötigt wird. Die Zielvorgabe von 2 % wurde zudem bereits überschritten. Der Landkreis gilt auf politischer Ebene als Vorzeigeregion für eine gelungene Energiewende. Sichtbarster Kernbestandteil dieser Entwicklung in der (wirtschaftlich) sehr strukturschwachen Region ist der massive Ausbau von Windkraft. Aktuell sind im Landkreis 244 Windkraftanlagen am Netz, 14 im Bau und weitere 14 bereits genehmigt.³

In Rheinland-Pfalz wird zum Teil ein besonderes Modell der Nutzung von Windenergie angewandt. Mit einem „Solidarpakt“⁴ sollen alle Kommunen einer Verbandsgemeinde von dem Bau von Windenergieanlagen in der Region profitieren (RLP 2012). Dieses

(1)
Im Jahr 2014 waren die erneuerbaren Energien mit einem Anteil von 27,8 % des Bruttostromverbrauchs Deutschlands wichtigste Stromquelle. Windkraft machte davon 9,7 % aus und stellte damit den größten Prozentsatz der regenerativen Energieformen dar (vgl. BMWi 2015: 4).

(2)
Das Projekt „Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende“ am Göttinger Institut für Demokratieforschung wird durch das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur gefördert. Die Abschlusspublikation wird Anfang 2016 erscheinen. Im Kontext dieses Projektes wurden Interviews mit allen am jeweiligen lokalen energiepolitischen Konflikt beteiligten Akteuren geführt: Den Protestierenden, Vertretern verschiedener politischer Ebenen (Kommunal-, Landes- und Bundespolitik), Verwaltungen und Genehmigungsbehörden sowie der durchführenden Unternehmen. Zusätzlich wurde auch die lokal zwar betroffene, aber politisch nicht aktive Bevölkerung in den Blick genommen.

(3)
Stand 2. November 2015

(4)
Ein Solidarpakt kann beispielsweise folgendermaßen ausgestaltet sein: Ein Grundbetrag von 18.000 € sowie weitere 50 % der darüber hinausgehenden Erlöse je Anlage verbleiben bei der Ortsgemeinde, auf deren Grundstück die Anlagen stehen. Der verbleibende Anteil wird anhand zweier Schlüssel auf die übrigen Gemeinden der Verbandsgemeinde verteilt: Die eine Hälfte wird zu gleichen Teilen auf die Orte verteilt, die zweite Hälfte wird nach Einwohnerzahlen gestaffelt ausbezahlt, sodass größere Orte mehr Geld erhalten als kleinere. Der Vorbildcharakter solcher Modelle wirkt weit über RLP hinaus und wird mittlerweile auch von privaten Akteuren aufgegriffen.

Vorgehen empfiehlt die Landesregierung explizit als Strategie, um mögliche Konflikte zwischen Gemeinden vorab zu befrieden. Die Verbandsgemeinden sind für die Ausweisung von Vorrangflächen für Windkraft über die Flächennutzungsplanung zuständig, die wiederum an den jeweiligen regionalen Raumordnungsplan der Planungsgemeinschaften gebunden ist.

Voraussetzung für diese Nutzung und die Einnahme von Pachterträgen durch die Gemeinden ist, dass die Anlagen auf kommunalen Land- oder Waldflächen errichtet werden. Die einzelnen, meist sehr kleinen Kommunen sind hauptverantwortlich für das Vorantreiben einzelner Projekte. Sowohl die Unternehmen als auch die Landespolitik beschreiben die Rolle der Kommunen im Prozess als zentral. Die Pachteinnahmen ermöglichen ihnen hohe Einnahmen und damit Investitionsmöglichkeiten, die sie ohne Windkraftanlagen nicht hätten. Zudem verfolgen viele Verbandsgemeinden die Strategie, nur noch Flächen auszuweisen, die den Kommunen gehören, um zum einen die Bereicherung von Privatleuten durch Windkraftpachteinnahmen zu verhindern und zum anderen sozialen Unfrieden innerhalb von Ortschaften zu vermeiden. Darüber hinaus werden Windenergieflächen in Rheinland-Pfalz vorwiegend auf Waldflächen ausgewiesen, da diese in der Region aufgrund ihrer Höhenlage besonders für Windkraftanlagen geeignet (hohe Windhöflichkeit) und in überwiegendem Umfang Eigentum von Land oder Gemeinden sind.

Ungeachtet der Tatsache, dass seit den 1990er-Jahren ein Ausbau von Windenergieanlagen in Rheinland-Pfalz und insbesondere in der untersuchten Region stattfand, gab es lange weder auf Seiten der Aktivisten noch auf Seiten der Adressaten Erfahrungen mit lokalen Protesten, Widerstand oder gar groß angelegten Demonstrationen. Die letzte Protesterfahrung, auf die einige der (nicht zugezogenen) Aktivisten zurückgreifen können, ist die Friedensbewegung in den 1980er-Jahren. In Bezug auf Windkraft formierte sich erst eine Bürgerinitiative, als im Jahr 2012 auf einer beliebten Waldfläche in einem Naturpark in einer „Nacht-und-Nebel-Aktion“ Rodungen für Windräder begannen. Die Aktivisten beschreiben das Mobilisierungspotenzial in der Region als gering. Dies zeigt sich auch daran, dass

trotz der hohen Zahl an Windkraftanlagen bisher nur eine einzelne Bürgerinitiative gegen solche Bauvorhaben auftritt. Die Bürgerinitiative beschreibt die Bevölkerung in der Region als überwiegend passiv und politisch uninteressiert und bettet das Thema Windkraft in ein größeres Narrativ der strukturellen und systematischen Benachteiligung ein. Ein häufig explizit oder implizit geäußelter Aspekt dieses Narrativs ist eine Stadt-Land-Dichotomie, die mit dem Vorwurf verbunden ist, dass ländliche Regionen zum Nutzen von Städten überproportional stark belastet und ausgenutzt werden würden. Die „anderen“ hätten die Einstellung: „da oben die Bergvölker, da, mit denen können wir's ja machen“. Das Bild der passiven, obrigkeitshörigen Bevölkerung erklärt für einige Mitglieder der Bürgerinitiative auch, warum sie nur schwer andere Menschen für ein Engagement gegen einen weiteren Ausbau von Windkraftanlagen überzeugen können. Daneben hat das geringe Mobilisierungspotenzial in der Region für die Aktiven aus der Bürgerinitiative einen weiteren Grund: In ihren Augen befürchten die Anwohner, dass bei einem offenen Engagement gegen den Windkraftausbau Spannungen und Konflikte in der Nachbarschaft entstehen.

Seit der Gründung 2012 hat die Bürgerinitiative über hundert Mitglieder gewonnen und ihren ursprünglichen Handlungsradius von dem Waldgebiet weg auf die gesamte Region ausgeweitet. Ihr Slogan „Das Maß ist voll“ drückt vor allem aus, dass man sich nicht als genereller Windkraftgegner versteht, sondern zuvorderst gegen ein Übermaß wendet. Die Initiative ist aktives Mitglied im Dachverband „Energiewende für Mensch und Natur“⁵, in dem Bürgerinitiativen aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland ihre Kräfte bündeln und Hilfestellung für neue Initiativen und Proteste bieten. Zum Zeitpunkt der Interviewerhebung im Spätjahr 2014 richtete sich der Protest der Aktivisten vor allem gegen die Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald, die in einem neuen Entwurf des Regionalen Raumordnungsplans (RROP) weitere, über die bestehenden Flächennutzungspläne der Verbandsgemeinden hinausgehende Flächen für Windkraft ausweisen wollte. Auch die lokale Politik ist ein Hauptziel der Proteste. Dazu zählen zum einen die Bürgermeister und Gemeinderäte der jeweili-

(5)
Die Homepage ist abrufbar unter: <http://www.energiemensch-natur.de/> (letzter Zugriff: 23.11.2015).

gen Ortsgemeinden, die Windkraftprojekte weiter vorantreiben wollen, und zum anderen der damalige Landrat auf Kreisebene, der als großer Befürworter der Windkraft gilt. Andererseits wird die Politik aber auch als potenzieller Partner betrachtet. Auf Landesebene versuchen einige Aktivisten, sich mit Politikern der CDU-Opposition zu verbünden. Die Landesregierung, insbesondere die Ministerinnen der Partei Bündnis 90/Die Grünen, wird hingegen scharf kritisiert, da sie die Rahmenbedingungen und Ziele setzt. Die Aktivisten beschreiben aber auch die in der weiteren Region ansässigen Windkraftunternehmen als Gegner.

Die Zuschreibung von Erfolg unterscheidet sich zwischen der Selbst- und Fremdwahrnehmung der Bürgerinitiative. Lokale Politik, Verwaltung und Unternehmen betrachten den Einfluss der Bürgerinitiative vielfach als gering beziehungsweise allenfalls als Gradmesser für potenzielle Schwierigkeiten. Die Bürgerinitiative selbst schreibt sich jedoch die Umsetzung der lange geforderten Ausweisung von windkraftfreien Kernzonen innerhalb des Naturparks als Erfolg zu. Diese Einschätzung teilen auch einige Protestadressaten.

Fall 2: Region Südniedersachsen

Niedersachsen gilt mit über 5.000 Windanlagen und über 8.000 Megawatt Leistung aus Windkraft als größter Produzent und Lieferant von Windenergie in Deutschland (vgl. BWE 2014). Dennoch gibt es innerhalb des Bundeslandes Unterschiede. Während insbesondere im Norden auf großen Flächen viele Windparks entstanden sind und fortlaufend entstehen, wurden weiter im Innenland und Richtung Süden nur wenige Flächen mit Windkraftanlagen bebaut. Im Rahmen der politischen Entwicklung der letzten Jahre entschieden sich nun auch die politischen Akteure in Südniedersachsen zu einer Fokussierung auf CO₂-Einsparmöglichkeiten durch den Bau von Windkraftanlagen.

In Südniedersachsen wurde eine Bürgerinitiative untersucht, die in zwei Ortsteilen einer Großstadt ansässig ist. Neben dieser BI gibt es im Stadtgebiet noch weitere Initiativen, die jeweils für andere Vororte und eingemeindete Dörfer gegen Planungen zu

Windkraftflächen aktiv wurden. Insgesamt finden sich in der Region, also im Stadtgebiet und im angrenzenden Landkreis, dreizehn Bürgerinitiativen gegen Windkraft. Der Ausgangskonflikt des untersuchten Falls entzündete sich daran, dass neben bereits bestehenden Belastungen für die Ortschaft (Autobahn, ICE-Trasse, Hochspannungsleitungen) weitere Beeinträchtigungen hinzukommen. Zentrale Sorgen waren ein Verlust an Wohnqualität sowie mögliche Gesundheitsrisiken. Laut Mitgliedern des Vorstandes lehnt die untersuchte BI Windkraft nicht grundsätzlich ab, will jedoch Vorhaben zu Anlagen in einer „gigantischen Größenordnung“ von bis zu 300 m Höhe verhindern.

Die BI wurde im Herbst 2012 gegründet, hat seitdem über hundert Mitglieder gewonnen und vor allem mit intensiver Öffentlichkeitsarbeit (Zeitungsartikel, Internetpräsenz, Facebook-Seite) versucht, über die Planungen und möglichen Risiken von Windkraft zu informieren. Auf diese Weise sollen sowohl die Bewohner ihrer Ortsteile und der gesamten Stadt sensibilisiert und idealerweise für ihre Aktionen gewonnen als auch die Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung belehrt werden. Die untersuchte Bürgerinitiative ist Mitglied im bundesweiten Netzwerk Vernunftkraft, in der Untergruppe Niedersachsen und in einem Verband, der ein Zusammenschluss von BIs im Bürgernetzwerk Energiewende Niedersachsen/Hessen darstellt und mit besonders harten Forderungen auftritt⁶. Darüber hinaus ist sie Mitglied in der europaweiten Kooperation der Europäischen Plattform gegen Windkraftanlagen (EPAW).

In der untersuchten Region befinden sich aufgrund der historischen Entwicklung viele kleine Landflächen in Privatbesitz. Planungsunternehmen gehen für die Vorbereitung von Windparks dabei bewusst auf die einzelnen Landbesitzer zu und versuchen, Vorverträge abzuschließen. Die in den Regional- und Flächennutzungsplänen ausgewiesenen oder potenziell geeigneten Flächen sind dabei nicht in kommunaler Hand und ermöglichen den Gemeinden somit keine Pachtgewinne. Durch den von der BI erzeugten öffentlichen Druck auf die Planungsvorhaben der Stadt musste die Entscheidungsfindung zu einem neuen Flächennutzungsplan für mehrere Monate

(6) So wird zum Beispiel „die 15-fache Anlagenhöhe in alle Richtungen als Mindestabstand für WEA zu Wohnbebauungen“ gefordert (Bürgernetzwerk Energiewende Niedersachsen/Hessen 2015).

ausgesetzt werden. Über die Entschleunigung der Planungen hinaus bewertete die BI selbst als Erfolg, dass sie durch Gespräche und Einladungen von Politikern und Verwaltungsmitarbeitern zu Ortsbegehungen eine höhere Sensibilität für das Thema erreichen und damit indirekten Einfluss auf die Planungen nehmen konnte. Darüber hinaus hat die untersuchte Bürgerinitiative in Südniedersachsen im Jahr 2013 eine Petition an den Niedersächsischen Landtag gestellt, um die Ausweisung von Bauflächen in einem Landschaftsschutzgebiet zu verhindern. Dabei betont die BI die Vorzüge der Naherholung und des Artenschutzes.

Als Hauptanlaufstelle definiert die BI den Stadtrat und seine Fachausschüsse sowie die Verwaltung. Laut eines Mitglieds des Vorstandes der BI muss berücksichtigt werden, dass die Entscheidungen zwar letztlich im Rat gefällt werden, aber die Vorbereitung und Planung auf Ebene der Stadtverwaltung erfolgt. Aus diesem Grund versucht die BI, mit beiden Akteuren in Dialog zu kommen. Zu den weiteren Gegenspielern zählen die privaten Windkraftunternehmen, zu denen die BI jedoch keinen Kontakt hat. Das liegt vor allem an der Tatsache, dass die Ausweisung von konkreten Flächen noch nicht abgeschlossen und auf Seiten der Bauträger noch kein fester Ansprechpartner auszumachen ist. Auch mit der Verwaltung der Stadt hat die BI bisher wenig konstruktive Erfahrungen machen können.

Hinsichtlich der regionalen Protesterfahrung auf Seiten von Politik und Bevölkerung unterscheidet sich der betrachtete Fall in Niedersachsen stark von jenem in Rheinland-Pfalz, da es hier bereits in den 1980er-Jahren und im Zuge von Castor-Transporten viele Demonstrationen von Bürgern vor Ort gab. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass sich gegen die möglichen Gefahren durch Windkraftanlagen, mit denen die Anwohner konkret noch keine Erfahrungen gemacht hatten, zahlreiche kleinere Bürgerinitiativen gegründet haben. Auf der anderen Seite ist das Mobilisierungspotenzial in den einzelnen Ortschaften über die aktiven Mitglieder der Bürgerinitiativen hinaus ähnlich gering wie in Rheinland-Pfalz. Die alteingesessenen Bewohner der kleinen Dörfer werden von der Bürgerinitiative als sehr verschlossen und rückständig beschrieben. Diese Ein-

schätzung ähnelt der der Bürgerinitiative aus Rheinland-Pfalz.

Obwohl den Bürgerinitiativen meist bewusst ist, dass sie in einer deutlichen Minderheit sind, versuchen sie gleichzeitig, die Bürger vor Ort einzubeziehen und von ihrer Kritik an den Bauplänen zu überzeugen. Darüber hinaus erheben sie den Anspruch, die eigentlichen Repräsentanten der Bevölkerung zu sein. Auf den ersten Blick, insbesondere auf Grundlage der Rezeption der lokalen Presseberichterstattung, erscheinen die Protestgruppen oft größer als sie es dann bei genauerer Betrachtung in Wirklichkeit sind (siehe hierzu auch Marg et al. 2013: 96).

2.2 Organisation und Struktur der Initiativen

Fallübergreifend lassen sich bestimmte Gemeinsamkeiten hinsichtlich Organisation und Struktur der Initiativen feststellen. Als besonders wichtig beschreiben die verschiedenen Bürgerinitiativen die Aufteilung von Funktionen und Aufgaben unter den Mitgliedern, sodass durch eine Arbeitsteilung jeder mit seinen Stärken zum Erfolg der Initiative beitragen kann. Dabei zeigen sich unter den untersuchten Gruppen jedoch Unterschiede im Selbstverständnis solcher Strukturen. Während es der Initiative in Südniedersachsen wichtig war, eine feste Vereinsstruktur mit der Möglichkeit von Klagerechten zu etablieren, setzte die Bürgerinitiative in Rheinland-Pfalz bewusst auf eine lose Hierarchie. Diese ist nicht durch eine Satzung für einen bestimmten Zeitraum fixiert, sondern kann nach Leistung und Kompetenz variieren.

Innerhalb der Organisation der Initiativen wurden Posten und Planungsaufgaben unter den aktiven und interessierten Mitgliedern verteilt. Während dies für den Fall in Niedersachsen teilweise durch eine Satzung vorgeschrieben war, etablierte die Initiative in Rheinland-Pfalz dafür ein eigenes Organisationskonzept mit vier verschiedenen Aktivitätssäulen, die sie für eine erfolgreiche Arbeit als entscheidend betrachtet:

- Bürgerbewegung/Mobilisierung
- Öffentlichkeitsarbeit
- Ansprechen der Politik und
- Vernetzung.

Darüber hinaus erstellte sie sogar einen Verhaltenskodex, eine „Charta [...] wie wir Protest leben wollen“. Mit ihrer Hilfe sollte vermieden werden, dass bestimmte radikale Ansichten über Protest und Kritik an Windkraft – wie etwa das Leugnen des Klimawandels – Raum in der Gruppe finden. Für beide Initiativen war es darüber hinaus wichtig, sich thematisch fortzubilden. Dafür wurden zum Beispiel Informationsabende und Fachvorträge von Experten oder auch Ortsbegehungen und Exkursionen zu bestehenden Windparks organisiert.

Beim Blick auf die Biographien der interviewten Personen fällt schnell auf, dass es sich bei den Aktiven meist um „Zugezogene“ handelt, die nicht aus dem betreffenden Ort stammen, sondern diesen aus diversen Gründen bewusst als Heimat gewählt haben. Das Phänomen, dass die Proteste gegen Energiewendeprojekte überwiegend von Zugezogenen getragen werden, wurde bereits in der ersten Gesellschaftsstudie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung deutlich (vgl. Marg et al. 2013: 106 f.). Auch jene, die aus der Region stammen, betonen häufig, dass sie sich an einem bestimmten Punkt in ihrem Leben bewusst für diesen Wohnort entschieden hätten. Vor allem Akteure der Lokalpolitik, aber auch der Unternehmen, versuchen den Protest mit dem Argument, dass es sich um „Protest von außen“ handelt, zu delegitimieren.

2.3 Ziele und Strategien

Die untersuchten Gruppen gründeten sich erst in den vergangenen fünf Jahren und mussten in dieser Zeit ihre Strukturen aufbauen. Während bei den Aktionen der Bündnisse zunächst Protest und offene Kritik an bereits umgesetzten Planungsschritten oder realisierten Bauabschnitten im Vordergrund stand, fokussierten die Initiativen im Laufe der Zeit einzelne Themenbereiche und teilten formulierte Ziele auf mehrere Arbeitskreise auf.

In Bezug auf die Zielsetzungen der Bürgerinitiativen und Dachverbände gegen den Windkraftausbau zeichnen sich mehrere Hauptschwerpunkte der Arbeit ab. Zentrales Ziel ist es, die Planungen für den Bau beziehungsweise weiteren Ausbau von Windenergieanlagen in ihrer Region zu ändern.

So versuchte das Bündnis in Rheinland-Pfalz zum Beispiel, auf den neuen Regionalen Raumordnungsplan (RRÖP) Einfluss zu nehmen, um eine weitere Ausweisung von Vorrangflächen abzuwenden und zu erreichen, dass bestehende Windkraftanlagen, die außerhalb der Vorrangflächen errichtet wurden, dennoch in die Zwei-Prozent-Ziele mit eingerechnet werden.

Die rheinland-pfälzische Initiative benennt ihre konkreten Ziele in einer eigenen Agenda:

- Menschenschutz
- Landschaftsschutz
- Naturschutz sowie
- Bürgerbeteiligung und offizielle Beteiligungsverfahren.

Auch die Initiative in Südniedersachsen verfolgt diese Absichten, ohne sie jedoch explizit in einem Konzept zu bündeln. Beide Initiativen versuchen, ihre Ziele mit Handlungsstrategien auf verschiedenen Ebenen zu erreichen. Übergreifend wurden acht verschiedene Strategien identifiziert:

1. *Protest und Bürgerbeteiligung*

Klassischer Protest ist nur ein Aspekt des strategischen Handlungsrepertoires der Bürgerinitiativen. Er wird dabei als wichtigstes Instrument, notwendige Provokation und Weg zur Erregung von Aufmerksamkeit betrachtet. Dabei wird auf unterschiedliche Mittel zurückgegriffen: von (vereinzelt) Demonstrationen, über Unterschriftensammlungen bis hin zu anderen vielfältigen Aktionen, die auf (mediale) Aufmerksamkeit abzielen. So wurden zum Beispiel in der Lokalpresse Traueranzeigen geschaltet, was teilweise als massive Provokation wahrgenommen wurde. Als Rechtfertigung für diese Aktion kommt eine sehr drastische Sprache zum Einsatz: „[Die Region] ist gefallen. Ja, und wir betrauern unseren Freund.“

Ein weiteres strategisches Mittel, um den Forderungen gegen Windkraftprojekte und den weiteren Ausbau von Anlagen mehr Nachdruck zu verleihen, sehen die Bürgerinitiativen und Dachverbände in Bürgerbegehren und Einwohnerbefragungen. Mit dem Meinungsbild der Anwohner soll



Quelle: Jörg Rehmann

Druck auf die politisch gewählten Repräsentanten vor Ort ausgeübt werden, die bei einer Missachtung der Wünsche ihrer potenziellen Wähler Gefahr laufen, bei den nächsten Wahlen nicht im Amt bestätigt zu werden.

2. Aufklärung und Bürgerinformation

Ein wichtiger Schwerpunkt stellt die Aufklärung der Bürger und die Bereitstellung von Informationen zum jeweiligen Projekt, zu befürchteten Gesundheitsgefahren und zu weiteren Folgen des Windkraftausbaus dar. Bürgerinitiativen veranstalten Informationsabende, laden zu Diskussionsrunden mit Experten und Politikern ein und stellen teilweise sehr professionell aufbereitete Informationsmaterialien in Form von Broschüren oder über eigene Homepages bereit. Vor allem mit dieser Strategie tragen die Aktiven der Bürgerinitiativen ihr umfangreiches Expertenwissen weiter.

3. Politikberatung und Übernahme von Verantwortung

Darüber hinaus ist es den Initiativen ein wichtiges Anliegen, den Politikern und Entscheidungsträgern vor Ort die Probleme, die sie bei dieser Technik und dem Bau in ihrem

Umfeld sehen, vor Augen zu führen. Die Aktiven erheben den Anspruch, Politiker und andere Amtsträger aus der Verwaltung „erziehen“ zu können. In mehreren Interviews mit Mitgliedern der Bürgerinitiativen wurde deutlich, dass das Vertrauen gegenüber der Politik auf Kommunal- und auf Landesebene erheblich verloren gegangen ist. Politiker, die die Aktiven als die zentralen Akteure wahrnehmen, werden vielfach als uneinsichtig und nicht kompetent genug für diese Planung eingestuft. Die Rede ist von „Machtmissbrauch“, „Borniertheit und teilweise auch mangelndem Wissen“ sowie einem Verlust von Vertrauen in Politik allgemein: „[I]ch kann einfach nicht mehr vertrauen.“ Eine Differenzierung zwischen Politik und Verwaltung findet kaum statt.

Sowohl mit der Aufklärung der Bevölkerung als auch mit der Beratung der Politiker übernehmen die Engagierten Aufgaben, die sie eigentlich an anderen Stellen verorten. Sie übernehmen bewusst eine Verantwortung, die aus ihrer Perspektive im demokratischen Prozess grundsätzlich bei den politischen Repräsentanten liegen würde, denen sie „Unverantwortlichkeit“ vorwerfen. Da die Bürgerinitiativen ihren Volksvertretern diese Kompetenz jedoch nicht mehr zutrauen, haben sie für sich entschieden, das „Verantwortungsvakuum“ selbst zu füllen. Sie sind der Überzeugung, die Mehrheits-

meinung zu repräsentieren. Dass sie im Unterschied zu den lokalen Politikern nicht gewählt wurden, wird nicht problematisiert. Sie verstehen sich als Korrektiv. Diese Strategie der „Stellvertreterfunktion“ lässt sich, verbunden mit dem Anspruch der Übernahme von Verantwortung, in ganz unterschiedlichen Protestkontexten wiederfinden (vgl. Zilles/Schünemann 2015). Auch die Adressaten des Protests nehmen das Misstrauen der Gegner gegenüber den Entscheidern als Triebfeder des Protests wahr.

4. Öffentlichkeitsarbeit

Nicht zu vernachlässigen ist für die Bürgerinitiativen auch die eigene Pressearbeit und ein guter Kontakt zu regionalen und – wenn möglich – überregionalen Medien. Die Medien werden als wichtiges Sprachrohr empfunden, über das die eigenen Argumente verbreitet werden können. Regelmäßige Präsenz in Zeitungen oder in Fernsehberichten über Protestaktionen kann das Meinungsbild vor Ort beeinflussen und die Informations- und Aufklärungsfunktion erfüllen, die sich die Initiativen zum Ziel gesetzt haben. Dabei sind vor allem Leserbriefe ein bedeutendes und lokal stark wahrgenommenes Forum für die politische Debatte. Sie gelten als eine insbesondere von Gegnern, aber auch von Befürwortern genutzte Möglichkeit, die eigenen Ansichten zu formulieren. Solche Meinungsbilder werden von den Bürgern in den lokalen Zeitungen stark rezipiert und machen es den Aktivisten möglich, die Anwohner zu informieren und aufzuklären.

5. Rechtliche Maßnahmen und Gutachten im Planungsprozess

Mit Erkenntnissen von Wissenschaftlern, Juristen oder Umweltverbänden verstärken die Initiativen ihre Kritik und erzeugen eine größere Seriosität. Dabei können sowohl Gutachten über bedrohte Tierarten als auch Hilfestellungen bei rechtlichen Grundlagen der Bauplanungsverfahren helfen. Die BI in Südniedersachsen verweist darauf, dass sie für die Unterstützung durch ihren Ortsrat, der ihr Formulierungen in der Kommunalverfassung genauer erkläre, sehr dankbar sei.

Einige Gruppen erstellen selbst Gutachten und führen etwa Kartierungen von Rotmilan-Vorkommen⁷ durch oder bieten online-gestützte Verfahren zum Melden von geschützten Tierarten an.

Daneben spielt auch der Weg über Klagen und juristische Expertise eine wichtige Rolle. Die Initiativen arbeiten bisweilen eng mit teilweise privat finanzierten Anwälten zusammen, um sich rechtlich in ihrer Argumentation abzusichern. Insbesondere die Einbringung von Gutachten zu bedrohten Tierarten oder Umweltbelastungen können Planungen verzögern oder bestimmte Standorte verhindern. So musste beispielsweise in einem der untersuchten Fälle der Flächennutzungsplan zurückgezogen werden, da ein Rotmilan-Gutachten fehlte.

Strategisch versuchen die Bürgerinitiativen, ihre Expertenrolle auszubauen und sich als die eigentlichen Fachleute in der Streitfrage zu präsentieren. Auch hier handelt es sich um ein häufig zu findendes diskursives Profilierungsmuster von Protestakteuren (vgl. Zilles/Schünemann 2015). Bereits in der ersten Gesellschaftsstudie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung wurde diese Strategie sehr deutlich. Hier wird vor allem der Zusammenhang hergestellt zwischen der Fähigkeit der meist gebildeten Engagierten, sich Wissen schnell anzueignen, und der Fachexpertise, mit der die eigene Argumentation untermauert wird (vgl. Marg et al. 2013: 99 f.).

6. Vernetzung und „Unterwanderung“

Für eine erfolgreiche Arbeit ist es den Initiativen nicht nur wichtig, in den betroffenen Ortschaften präsent zu sein, sondern auch, Vorteile aus einer regionalen und überregionalen Vernetzung zu ziehen. Dafür gibt es einen regelmäßigen Austausch mit anderen Bürgerinitiativen der gleichen Region sowie mit Netzwerken, die über Bundesländer hinweg oder sogar europaweit aktiv sind. Zudem wird auch mit Vereinen und den lokalen Kreisverbänden der Naturschutzverbände (Nabu, BUND, o. ä.) zusammengearbeitet, deren Mitglieder teilweise ohnehin gleichzeitig Mitglieder einer der BI sind. Das Engagement in Naturschutzverbänden erscheint zumindest auch dadurch motiviert, dass die Aktivisten hier,

(7) Der Rotmilan ist wie etwa auch der Schwarzstorch eine besonders geschützte Art, für die vergleichsweise hohe Abstandsregelungen zu Windkraftanlagen vorgeschrieben sind (beim Rotmilan 1.000 m, bei Schwarzstorch oder Seeadler 3.000 m). Daher können, wenn Horste von Rotmilanen oder anderen seltenen Vogelarten nachgewiesen werden, Windkraftanlagen verhindert werden. Der Rotmilan wird für die Gegner so zum wichtigsten „Partner“.

anders als bei der Bürgerinitiative, über konkrete Klagemöglichkeiten verfügen. Daneben versuchen einige Akteure, selbst in der Kommunalpolitik aktiv zu werden, um den Windkraftausbau in ihren Orten zu verhindern. Gleichzeitig deutet sich an, dass die Kooperation mit anderen Vereinen und Gruppierungen vorwiegend aus taktischen, pragmatischen Überlegungen erfolgt und weniger aus grundsätzlicher Solidarität mit den Problemen in anderen Orten.

Ein weiterer strategischer Vernetzungsaspekt bezieht sich auf die Bildung von Dachverbänden. Hier werden Fachwissen, Expertise und personelle Ressourcen gebündelt, um durchschlagkräftiger, effektiver und mit einem weiteren Handlungsradius Einfluss zu nehmen.

7. Professionalisierung

Die Bürgerinitiativen versuchen – nicht zuletzt aus strategischen Gründen – möglichst professionell aufzutreten und darüber hinaus andere neuere Bürgerinitiativen zu unterstützen. So geben die Bürgerinitiativen und Dachverbände die erprobten Strategien und Erfahrungen im Sinne einer „Starthilfe“ oder eines „Erste-Hilfe-Pakets“ bewusst an neue Gruppen weiter.

Zusammenfassend ist für die Entwicklung der Bürgerinitiativen somit eine Professionalisierung erkennbar. Sowohl durch persönliche Lernerfahrung als auch durch eine Konzentration der Arbeit innerhalb der Organisation mit Arbeitsgruppen, Fachvorträgen und Stellungnahmen konnten sich die Gruppen zum Teil Anerkennung bei den politischen Akteuren verschaffen und in einigen Fällen einen wichtigen inhaltlichen Beitrag zum Planungsprozess leisten. Andererseits stoßen die Bürgerinitiativen in Gesprächen mit den Adressaten der Proteste, etwa der Lokalpolitik und den Unternehmen, auf pauschale Ablehnung und Diffamierung.

8. Argumente und Themen

In den Auseinandersetzungen um Windkraftprojekte treten sehr unterschiedliche Argumentationen auf – von der Angst vor Gesundheitsrisiken oder der Sorge um den

Naturschutz und bedrohte Tierarten, über Befürchtungen des Wertverlusts von Immobilien oder die Abwertung der Regionen durch eine Industrialisierung von Naturlandschaften bis hin zu erwarteten Rückgängen in der Tourismusbranche. Die Sorge um den Naturschutz bezieht sich vor allem auf den Schutz seltener und „windkraftsensibler“ Arten wie Rotmilan, Schwarzstorch oder Wildkatze sowie die Erhaltung von Wäldern als Lebensräume für Tiere und Erholungsräume für Menschen. Offen bleibt jedoch die Frage, ob Naturschutz zuvorderst als Argument an sich oder vielmehr als strategisch eingesetztes Thema zu betrachten ist. Denn über naturschutzfachliche Themen eröffnen sich Bürgerinitiativen durch Klagemöglichkeiten konkrete Handlungsoptionen. Das juristische Vorgehen gegen Windkraftanlagen ist bislang nur von direkt Betroffenen möglich – gerade bei Windrädern in Wäldern wohnen jedoch nur wenige Menschen in unmittelbarer Nähe. Es hängt also vom jeweiligen Fall ab, ob es tatsächlich um den Schutz des Rotmilans geht oder dieser nur Mittel zum Zweck ist.

Marg et al. (2013: 109) haben gezeigt, dass diejenigen, „die sich gegen eine ‚Verspargelung‘ der Landschaft durch Windkraftanlagen wehren, eher konservativ [sind] und [...] nicht die Flora, Fauna und Landschaft als solche bewahren, sondern die von ihnen gemachten Erfahrungen mit der Natur konservieren [wollen]“. Dieser Aspekt ist vor allem bei der kontroversen Thematik „Wind im Wald“ relevant. Natur wird meist nicht als Wert an sich betrachtet, sondern vor allem als Erholungsraum wertgeschätzt (vgl. auch Marg et al. 2013: 110). Eng mit dem Naturschutzargument verbunden ist das Einsetzen für die – häufig bewusst gewählte – Heimat, die als Rückzugsort verteidigt werden soll.⁸ Die starke emotionale Bindung an den Wald, der symbolisch für Heimat als solche steht, wird vor allem in Rheinland-Pfalz deutlich: Die hier ansässige BI stellt das betroffene Waldgebiet als „die Seele“ und auch wörtlich als „Heimat“ der Region dar.

Neben dem Naturschutz erachten die Gegner von Windkraftprojekten auch den „Menschenschutz“ als zentral. Sie äußern häufig den Vorwurf, dass dieser in den Verfahren weniger zähle als der Naturschutz. Ein besonderer Aspekt des Menschenschut-

zes sind Auswirkungen auf die Gesundheit, die insbesondere durch Schall (Infraschall) befürchtet werden. Hier verweisen die Aktiven auf wissenschaftliche Studien, die negative Auswirkungen belegen sollen. Ein weiterer prominenter Themenbereich ist die Veränderung von Landschaften, die mit dem Bau von Windkraftanlagen einhergeht. Es wird kritisiert, dass sich „Naturlandschaften“ zu „Industriellandschaften“ entwickeln würden. Außerdem thematisieren die Windkraftkritiker technische und energiepolitische Aspekte, wie etwa fehlende Speicherkapazitäten oder die Notwendigkeit, andere fossile Kraftwerke – insbesondere Braunkohle – am Laufen zu halten.

Neben diesen Themen stellen die Engagierten die Kritik an Politik und Verfahren sowie die Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung in den Fokus. Sie empfinden die repräsentative Demokratie als funktionell mangelhaft. Politikern werfen sie „Verlogenheit“, „Unverantwortlichkeit“, „mangelnde Fürsorge“, „Dummheit“ und „Ignoranz“ vor.

3 Fazit und Ausblick

Proteste gegen den Bau von Windkraftanlagen nehmen sowohl in ihrer Quantität als auch in ihrer Qualität (Professionalität und Organisationsgrad) stetig zu (vgl. auch Hahn 2015).

Als Erkenntnis sehen die Bürgerinitiativen und Dachverbände, dass eine erfolgreiche Arbeit umso wahrscheinlicher ist, je mehr Kanäle genutzt werden. Insofern ist es für die Bürgerinitiativen zentral, gleichzeitig die Bürger zu informieren, in den Medien präsent zu sein und Kontakte zu anderen Verbänden und Entscheidungsträgern zu intensivieren. Dabei spielt die Nutzung der Medien und die Anfechtung von Planungsschritten über Gutachten und Bürgerbegehren eine entscheidende Rolle.

Der Einfluss, den Bürgerproteste gegen Windkraftprojekte entfalten können, wirkt sich jedoch vor allem indirekt aus. Konkrete Projekte können Bürgerinitiativen kaum beeinflussen, da sie in vielen Fällen erst aktiv werden, wenn sich das Projekt bereits in einem weit fortgeschrittenen Stadium befindet. Als Lerneffekt der konkreten Auseinandersetzung wird jedoch vielfach

deutlich, dass die Bürgerinitiativen durch ihre Einarbeitung in die Thematik im Anschluss auch auf die folgende Flächennutzungs- oder Regionalplanung Einfluss nehmen wollen. In Rheinland-Pfalz setzte sich die untersuchte Initiative 2014 zum Beispiel intensiv mit dem neuen Regionalen Raumordnungsplan (RRÖP) auseinander und gab dazu umfangreiche Stellungnahmen ab. Schließlich konnte sie erfolgreich verhindern, dass weitere Vorrangflächen ausgewiesen wurden.

Zudem beeinflusst der Protest der BIs indirekt die Stimmung vor Ort und damit auch (potenziell) folgende Projekte. So konnte die Initiative in Rheinland-Pfalz durch den erzeugten politischen Druck erreichen, dass – nachdem die Proteste aufgrund des ersten Windparks innerhalb des Naturparks hochkochten – auf Landesebene Kernzonen innerhalb des Naturparks ausgewiesen wurden. Sie verhinderte somit alle weiteren in der Kritik stehenden Windparkpläne in diesem Gebiet. Insbesondere Lokalpolitiker befürchten mit Blick auf anstehende Wahlen die indirekten Auswirkungen des Protests. Ein Abteilungsleiter eines Landesministeriums beschreibt diesen Umstand wie folgt: „Naja, die Bürgerinitiative hat nur Einfluss bei den kommunalen Entscheidungsträgern. Wenn die Angst haben um ihre Wiederwahl [...]“. Die Beurteilung des eigenen Erfolgs ist auf Seiten der meisten BIs höher als in der Spiegelung der anderen Akteure. Insgesamt weiß man aber bislang vergleichsweise wenig über den Einfluss und die Auswirkungen von Protesten. Diese Thematik gilt es daher weiter zu erforschen.

Zweifelsohne stellt die persönliche Betroffenheit häufig die Eingangsmotivation für das Protestengagement dar, aber daneben und darüber hinaus bestimmen viele andere Argumentationen und Beweggründe das Protestengagement (vgl. auch Schwarz 2015). Ausgehend von der persönlichen Betroffenheit gehen das Engagement und die Beschäftigung mit der Thematik jedoch weit über das bloße Verhindern des konkreten Projekts vor der Haustür hinaus. Gerade der Eindruck einer als mangelhaft empfundenen repräsentativen Demokratie wird mit dem Anspruch verbunden, selbst Verantwortung für den eigenen unmittelbaren Nahbereich zu übernehmen. Dies sind Aufgaben, die eigentlich der Politik zugeschrie-

(8)
Vgl. zum Heimatverständnis und zur Begriffsverwendung Marg et al. 2013: 105 ff.

ben werden. Das strategische Repertoire der Bürgerinitiativen umfasst dabei weit mehr als „klassische“ Protestmittel. Neben der Aufklärung der Bürger setzen die Bürgerinitiativen vor allem auf Politikberatung, die Erarbeitung von Fachgutachten und die

Schaffung von juristischen Klagemöglichkeiten, etwa auch über die (persönliche) Vernetzung mit Naturschutzverbänden.

Literatur

Alt, Franz, 1998: Windiger Protest. Konflikte um das Zukunftspotential der Windkraft. Bochum.

Brost, Marc; Dausend, Peter; Hildebrandt, Tina, 2011: Ausstieg aus dem Ausstieg aus dem... Die Bundeskanzlerin hat eine dramatische Kehrtwende in der Atompolitik vollzogen. Doch eine Zäsur hat sie schon einmal versprochen. Zeit, 26. März. Zugriff: <http://www.zeit.de/2011/13/Regierungsvertrauen/komplettansicht> [abgerufen am 08.12.2015].

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2015: Erneuerbare Energien im Jahr 2014. Zugriff: http://www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Downloads/entwicklung_der_erneuerbaren_energien_in_deutschland_im_jahr_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=8 [abgerufen am 08.12.2015].

BWE – Bundesverband WindEnergie, 2014: Anzahl der Windenergieanlagen in Deutschland nach Bundesland im Jahr 2014 vom 31. Dezember 2014. Zugriff: <https://www.wind-energie.de/system/files/attachments/press-release/2015/vdma-bwe-windenergie-land-2014-rekordzubau-von-4750-megawatt-deutschland/2015-01-29-praesentation-pk-jaheszahlen-2014.pdf> [abgerufen am 08.12.2015].

Bürgernetzwerk Energiewende Niedersachsen/Hessen, 2015: Wer sind wir? Zugriff: <http://buergernetzwerk-energiewende.de/> [abgerufen am 08.12.2015].

Hahn, Thomas, 2015: Gegenwind. Süddeutsche Zeitung, 7. Juli, S. 7.

Klecha, Stephan; Marg, Stine; Butzlaff, Felix, 2013: Forschungsdesign und Methodik. In: Marg, Stine; Geiges, Lars; Butzlaff, Felix; Walter, Franz (Hrsg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert Protestbewegungen. BP-Gesellschaftsstudie. Reinbek bei Hamburg, S. 14–47.

Marg, Stine; Hermann, Christoph; Hambauer, Verena; Becké, Ana Belle, 2013: „Wenn man was für die Natur machen will, stellt man da keine Masten hin“. Bürgerproteste gegen Bauprojekte im Zuge der Energiewende. In: Marg, Stine; Geiges, Lars; Butzlaff, Felix; Walter, Franz (Hrsg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? BP-Gesellschaftsstudie. Reinbek bei Hamburg, S. 94–138.

MWKEL; FM; MULEWF; ISIM – Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung; Ministerium der Finanzen; Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten; Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur, 2013: Hinweise für die Beurteilung der Zulässigkeit der Errichtung von Windenergieanlagen in Rheinland-Pfalz (Rundschreiben Windenergie). Mainz.

Ohlhorst, Dörte, 2009: Windenergie in Deutschland. Konstellationen, Dynamiken und Regulierungspotenziale im Innovationsprozess. Wiesbaden.

RLP – Landesregierung Rheinland-Pfalz, 2012: Höfken unterzeichnet Solidarpakt. Zugriff: <https://www.rlp.de/de/aktuelles/einzelansicht/news/detail/News/erster-solidarpakt-unterzeichnet/> [abgerufen am 08.12.2015].

Saretzki, Thomas, 2010: Umwelt- und Technikkonflikte: Theorien, Fragestellungen, Forschungsperspektiven. In: Feindt, Peter Henning; Saretzki, Thomas (Hrsg.): Umwelt- und Technikkonflikte. Wiesbaden. S. 33–53.

Schwarz, Carolin, 2015: Gegen Eingriffe in die Landschaft vor der Haustür. Bürgerliches Engagement gegen Windenergie. Zugriff: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/politischer-kampf-vor-der-haustuer-buergerliches-engagement-gegen-windenergie> [abgerufen am 08.12.2015].

Walter, Franz, 2013: Bürgerlichkeit und Protest in der Misstrauensgesellschaft. Konklusion und Ausblick. In: Marg, Stine; Geiges, Lars; Butzlaff, Felix; Walter, Franz (Hrsg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? BP-Gesellschaftsstudie. Reinbek bei Hamburg, S. 301–343.

Zilles, Julia; Schönemann, Wolf J., 2015: Wie findet man als Gegner statt? Zugriff: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/protestkommunikations21> [abgerufen am 08.12.2015].

Wissenstipps

- Gesellschaftsstudie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung: Marg, Stine; Geiges, Lars; Butzlaff, Felix; Walter, Franz (Hrsg.), 2013: Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? BP-Gesellschaftsstudie. Reinbek bei Hamburg.
- Feindt, Peter Henning/Saretzki, Thomas (Hrsg.), 2010: Umwelt- und Technikkonflikte Wiesbaden.
- Radtke, Jörg; Hennig, Bettina (Hrsg.), 2013: Die deutsche „Energiewende“ nach Fukushima. Der wissenschaftliche Diskurs zwischen Atomausstieg und Wachstumsdebatte. Weimar (Lahn).
- Laufende aktuelle Analysen und Kommentare u. a. zu den Themen Protesten, Energiewende und Windkraft: www.demokratie-goettingen.de/blog